

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und 0.25 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Preis Ausland unter Streichband 1.65 (inkl. Postgeb.). Preis der Einzelnummer 10 Hfg. Postfachkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeilenbreite oder deren Raum 10 Pfennig. Restame 30 Hfg. Beilagen unter 25 Hfg. je laufend 15 Hfg. Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfachkonto Hannover 67 377.

Nr. 282.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 2. Dezember 1930.

12. Jahrgang.

Was bleibt.

Wertet die Zeit. Sie ist Gottes Pfand. Die Zeit vergeht. Die Stunde flieht — was in ihr geschaffen ist, das bleibt. Wolker.

Italiens Entschlossenheit und vorbildlicher Gemeinschaftsgeist.

Nachdem die Verhandlungen zwischen den lateinischen Schwestern bezüglich der Flottengleichheit auf einen toten Punkt zu kommen drohen, beschleunigt Italien das Tempo seiner Rüstungen. Der Kreuzer „Gorizia“, der erst seit März auf der Livornoer Werft gekommen ist, wird auf Wunsch Mussolinis schon Ende Dezember vom Stapel gelassen. Anschließend wird ein neuer Kreuzer „Pola“ von 10 000 Tonnen Raumgehalt in Angriff genommen. Dieser neue Kreuzer soll schon Anfang Juli fertiggestellt sein. Mit Hochdruck wird auch an den anderen Werften gearbeitet. Wenn auch Mussolini zielbewußt vorangeht, erscheint es jedenfalls zweifelhaft, ob es ihm gelingen wird, den Vorprung, den die französische Flotte erreicht hat, einzuholen. Nicht nur das Wettrennen zur See hat begonnen. Der letzte Ministerrat hat eine Entscheidung getroffen, die dazu ansetzt, das italienische Volk zu einem Volk in Waffen umzugestalten. Durch diese Entscheidung wird der wehrfähige Italiener vom 18. bis zum 55. Lebensjahr eine militärische Ausbildung genießen. Jeder Italiener ist von nun an verpflichtet, sobald er das 18. Lebensjahr erreicht hat, sich einer militärischen Ausbildung zu unterziehen. Das Kriegsministerium hat schon ein Programm aufgestellt, nach dem die Kurse, die von der Miliz abgehalten werden, stattfinden sollen. Davon befreit werden können auf Wunsch alle Jungen, die mindestens zwei Jahre die Übungen der Jugendorganisation Balilla regelmäßig mitgemacht haben. Die militärische Ausbildung ist nicht fakultativ, wie bei den Balilla, sondern Pflicht. Jungen, die an dieser Ausbildung nicht teilnehmen, sowie deren Eltern werden mit einer Strafe bis 500 Lire bestraft. Auch die Arbeitgeber, die die Teilnehmer zu den Kursen nicht freigegeben oder ihnen Schwierigkeiten bereiten, werden ebenfalls bestraft. Die Jungen werden nicht nur im Seeres, sondern im Marine- und Flugwesen unterrichtet. Die Übungen finden nicht an Arbeits-, sondern an Feiertagen statt. Es wird den Eltern oder deren Vertretern zur Pflicht gemacht, darauf zu achten, daß die Jungen auch regelmäßig und pünktlich an den Übungen teilnehmen. Wenn man bedenkt, daß die italienische Jugend fast reiflos in der Opera Nazionale Balilla organisiert ist, und daß sie dort von 8.—18. Lebensjahre turnerisch und militärisch gedrillt wird, dann kann man beinahe behaupten, daß der Italiener vom 8. Lebensjahr bis zu seinem Tode mittelbar oder unmittelbar kriegerische Dienste verrichtet. Es ist natürlich eine andere Frage, ob die Quantität der Übungen eine bessere Qualität hervorbringen wird. Ueber den Wert oder Unwert des italienischen Soldaten gibt es zwei Meinungen. Einige sagen, daß der italienische Soldat ebenso gut sei wie der französische. Er habe aber im Weltkrieg verfaßt, weil die italienischen Offiziere überhaupt verfaßt haben. Andere behaupten das Gegenteil. Ich habe mit italienischen und französischen Soldaten zu tun gehabt und habe wirklich keinen Unterschied feststellen können. Die Maßnahmen, die in der letzten Zeit getroffen werden, deuten auf eine Zuspitzung der italienisch-französischen Beziehungen hin. Es scheint, als ob Mussolini einzieht, daß eine Einigung mit Frankreich auf Grund von Verhandlungen kaum zu erzielen ist, und daß Italien wohl oder übel sich auf eine kriegerische Auseinandersetzung gefaßt machen muß. Mag man Mussolinis Meinung teilen oder nicht, eins muß man ihm nachsagen: Er hat das italienische Volk zu einem opferwilligen Volk erzogen. Mit Beschämung lieft man in diesen Tagen die italienischen Zeitungen. Bekanntlich hat Mussolini die Gehälter der Beamten zum 1. Dezemb. um 12 Prozent ermäßigt. Nun melden viele Korporationen, daß sie freiwillig die Gehälter ihrer Mitglieder herabsetzen werden. Die Journalisten, die rund 400—500 Mark durchschnittlich verdienen, haben Mussolini gedroht, daß auch sie auf 12 Prozent ihres Gehaltes freiwillig verzichten wollen. Die Bäcker- und Fleischerinnungen haben ebenfalls freiwillig eine Preisermäßigung beschlossen, die am 1. Dezember in Kraft treten wird. Aus fast allen Städten kommen Telegramme, die Preisenkürzungen bekanntgeben.

Wie grundverschieden ist es leider in Deutschland. Seit etwa einem Monat spricht man unentwegt von Preisenkürzungen. Hier und da flackert ein hoffnungsvolles Begin-

Über alles ist noch im Anfangsstadium und es geht sehr, sehr langsam vorwärts. Es fehlt das Gemeinschaftsgefühl, es fehlt die Einsicht, daß wir alle auf Gedeih und Verderb untrennlich verknüpft sind. Wir sind keine Schicksalsgemeinschaft mehr, wir sind zu einem Interessengruppenhaufen geworden, in dem ein Stand den anderen nichts gönnt, ein Stand gegen den anderen kämpft, anstatt sich die Hand zur Ueberwindung und ungeheuren wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Not zu reichen. E. G. R.

Belgien auf dem Wege von Krise zu Krise.

Wer mit dem Gergarten belgischer Innenpolitik nicht vertraut ist, der muß der scheinbar abgeschlossenen belgischen Regierungskrise einigermaßen verständnislos gegenübergestellt haben. Rekapitulieren wir kurz die Ereignisse der letzten Wochen: Der liberale Kultusminister Bouthier fordert, nachdem er sich der Zustimmung des Gesamtkabinetts versichert hat, den Rektor der flämischen Staatsuniversität in Gent auf, den Professoren dieser Universität die Mitarbeit, insbesondere die Abhaltung von Kursen und Vorlesungen am „Institut des Hautes Etudes“, einem ausgesprochenen Konkurrenzinstitut mit französischen Propagandatendenzen, zu verbieten. Der Rektor entspricht dem ministeriellen Ersuchen. Alle einsichtigen Politiker billigen dieses Verbot, das unbedingt erforderlich ist, um die lokale Durchführung der den Flamen in der Hochschulfrage gegebenen Versprechungen sicher zu stellen. Nur der Ausschuss einer örtlichen liberalen Parteioffiziation im Brüsseler Wahlkreis unter Führung des Brüsseler Bürgermeisters Adolphe Max protestierte in einer einstimmig angenommenen Resolution gegen das Verbot. Auf diesen Beschluß einer lokalen Parteioffiziation hin reichen die fünf liberalen Minister dem Premierminister Jaspar ihre Demission ein, und dieser bittet seinerseits den König um die Entlassung des Gesamtministeriums. Der König lehnt die Demission des Kabinetts ab, ja, er läßt sich sogar bestimmen, Herrn Jaspar einen Brief zu schreiben, in welchem er sich klar und deutlich gegen eine derartige Klub- und Klippenpolitik verwehrt und feststellt, daß es lediglich Sache des Parlaments sei, durch sein Vertrauen oder Mißtrauen über das Schicksal des Ministeriums zu entscheiden. Herr Jaspar stellt daraufhin sein Kabinett unverändert den Kammern wieder vor, die Kammern diskutieren das Center Verbot, der liberale Parteiführer Devèze schlägt eine Kompromißformel vor, die Herr Jaspar nach einigem Zögern akzeptiert, katholische und liberale Parteiführer bringen ein Vertrauensvotum ein, über das am 26. ds. Mts. abgestimmt werden soll, und alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß das Kabinett wieder einmal gerettet ist. So lächerlich der Anlaß dieser Krise erschien, so jämmerlich und unbefriedigend ist ihre Beendigung. Man muß dem Hauptsprecher der Opposition, dem sozialistischen Abgeordneten Camille Huysmans, schon recht geben, wenn er von der jährlich wiederkehrenden Pseudokrise spricht.

Tatsächlich hat sich genau vor Jahresfrist ein ganz ähnliches Schauspiel ereignet. Damals wie heute unternahm Herr Jaspar es mit Erfolg, durch den Rücktritt seines Kabinetts die meuternde liberale Partei wieder zur Gefolgschaft zu zwingen. Bei den Verhältnissen innerhalb der liberalen Partei nämlich muß man den Schlüssel zu den sonst unverständlichen Ereignissen der letzten Wochen suchen. Ursprünglich einmal eine Vertreterin von freihetlichen Grundfragen in einem von vertriegenem Klerikalismus beherrschten Lande, hat sie sich längst zu einer im schlechtesten Sinne reaktionären, erz-katholischen Partei entwickelt, die mit Liberalismus allenfalls noch insofern zu tun hat, als sie auch heute noch eine antiklerikale Richtung vertritt. Was der Partei einen besonders unheilvollen Charakter für die belgische Innen- und Außenpolitik verleiht, ist, daß sie einerseits rückhaltlos im Dienste des französischen Einflusses in Belgien steht und im Zusammenhang damit zweitens der kulturellen und politischen Entwicklung des flämischen Volkstums feindselig gegenübersteht. Maßgeblich in der Partei, besonders in ihren Kammerfraktionen, sind neben Einflüssen der Hochfinanz jene Kreise der Brüsseler Magistratur und Advokatur, die, im Grunde flämisch und wallonischem Wesen gleich entfremdet, jeder bodenständigen Kultur entbehren, sich in der Nachahmung französischer Wesens gefallen, außenpolitisch den blühendsten Deutschen nach kultivieren und den flämi-

schen Forderungen mit verächtlicher Ablehnung gegenüber stehen. Obgleich zahlenmäßig schwach, hat die Partei doch einen großen Einfluß, weil sie, wenigstens vorläufig noch, das Zünglein an der Waage zwischen den beiden großen Parteien, den Katholiken und den Sozialisten, bildet. Neuwahlen würden allerdings voraussichtlich dieses Verhältnis ändern, weil mit einer starken Vermehrung der radikalflämischen „Frontparij“ und zugleich mit gewissen Verlusten der Liberalen gerechnet werden muß.

Es mag unter diesen Umständen erstaunlich scheinen, daß, wie im Vorjahre, so auch dieses Jahr wieder die Meuterei der liberalen Truppen die Kabinettskrise und damit die Gefahr von Neuwahlen heraufbeschwor. Das hat seine Gründe einmal darin, daß die alten demokratischen und kulturkämpferischen Traditionen der Partei in den Lokalorganisationen zum großen Teile lebendiger sind als in den Parlamentsfraktionen. Daneben spielt der Umstand mit, daß man natürlich in örtlichen Organisationen nicht ganz in dem gleichen Maße wie in den Kreisen der Minister und Ministriablen bereit ist, im Interesse der Erhaltung von fünf Ministerportefeuilles (tatsächlich eine außerordentlich hohe Zahl, die über doppelt so starke katholische Koalitionsgegner hat nur sechs inne) fortgesetzt kleinere oder größere Opfer der Ueberzeugung zu bringen. Schließlich ist man naturgemäß in den Wählerorganisationen nicht eingeweiht in alle Geheimnisse der großen Politik und daher manchmal päpstlicher als der Papst.

So kommt es, daß die „Föderations Bruxelloises“, die durch ihren Beschluß Herrn Jaspar zum taktischen Gegenzug der Scheinkrise veranlaßten, übersehen hatten, daß noch Höheres als die fünf liberalen Portefeuilles auf dem Spiele steht. Der radikalflämische Parteiführer Herman Vos hat in seinem Organ „De Schelde“ in dieser Hinsicht sehr interessante Einzelheiten veröffentlicht. Danach verhandelt Herr Jaspar seit geraumer Zeit mit der französischen Regierung über eine Ergänzung des französischen Festungsgürtels, der von der schweizerischen bis zur französisch-belgischen Grenze führt, durch ein gewaltiges Befestigungssystem längs der deutsch-belgischen und der holländisch-belgischen Grenze. Wohlverstanden, es handelt sich nicht um eine Modernisierung der bestehenden belgischen Festungen, die immerhin im Notfall auch in einem Konflikt gegen Frankreich benutzt werden könnten, sondern um eine einseitig gegen Deutschland und Holland gerichtete Neuanlage. Tatsächlich hat die Regierung für das kommende Etatsjahr im außerordentlichen Seereset bereits 300 Millionen Franken für Befestigungsarbeiten angefordert. Diese stellen aber, was man vor der Öffentlichkeit klüglich verschweigt, lediglich eine erste Tranche dar, deren Bewilligung mehr oder minder zwangsläufig die der späteren Raten nach sich ziehen müßte. Im Zusammenhang mit dem belgisch-französischen Militärvertrag, dessen Verlängerung bei seinem demnächstigen Ablauf Herrn Jaspar gleichfalls am Herzen liegt, müßte die Annahme der Befestigungspläne in der vorliegenden Form die ohnehin schon erhebliche Abhängigkeit Belgiens vervollständigen und verewigen, zumal für die Finanzierung eine französische Mitwirkung in Form einer Anleihe mit verbilligtem Zinsfuß ins Auge gefaßt ist.

Diese Pläne können aber nur verwirklicht werden, wenn die flämischen Mitglieder der Katholischen Partei für die Regierungsvorlage stimmen. Deshalb muß Herr Jaspar ängstlich vermeiden, ihren Wünschen in der Sprachenfrage gegenüber allzu ablehnend zu sein, deshalb mußten die übereifrigen liberalen Gefolgsleute, die die Kompromisse mit den flämischen Klerikalen nicht recht begreifen konnten, wieder zur Raison gebracht werden. Deshalb auch vor allem mußte seit Wochen in der nationalistischen Presse wieder gegen Deutschland und seine angeblich neuen Kriegspläne in der gefährlichsten und plumpsten Weise geheut werden. Nur so konnte man hoffen, alle „loyalen Patrioten“ zur Zustimmung zu den Befestigungsprojekten zu gewinnen. Denn gelingt es dieser Regierung, in diesem Parlament, nicht, wenigstens den Grundstein zu der neuen Mauer aus Stahl und Beton längs der deutschen und holländischen Grenze zu legen, dann wird es niemals mehr möglich sein. Das laminenhafte Anwachsen der flämischen Bewegung spricht eine zu deutliche Sprache, als daß sie Jaspar und seine Hinterleute nicht verstehen sollten. Es bleibt aber die Frage, ob es nicht schon zu spät ist. Die Flamen der Regierungspartei werden sich, nachdem die „Frontparij“, ihre scharfe Konkurrenz um die Wähler im flämischen Land, die wahre Bedeutung der Aufrüstungsvorlagen vor der Öffentlichkeit aufgezeigt hat, sehr zu überlegen haben, ob sie selbst ihre Hand zum Bau der Zwing-

burg, die sich zwischen das flämische Volk und die stammverwandten Niederländer legen und Flandern auf Generationen unter die französische militärische Oberherrschaft bringen würde, mit anlegen sollen. Die Konzeptionen, die ihnen die Regierung bieten kann durch ein gewisses Entgegenkommen in der Sprachenfrage, in Unterricht und Verwaltung erscheinen gar zu armselig. Auf diesem Gebiet wird man dem flämischen Volke bald nichts mehr von seinen legitimen Wünschen vorenthalten können.

Man sollte glauben, daß Herr Jaspar die Schwierigkeiten, die vor ihm liegen, unterschätzt, und daß die Atempause, die ihm die Scheinkrise der letzten vierzehn Tage verschaffte, nur kurz sein wird. Der wahre Kampf steht noch bevor.

Das ist nicht normal!

Bei uns ist heute vieles nicht normal. Wenn Leute, die etwas können und mutig ihre Meinung sagen, hinter den großen Vorhellen, die vor der Praxis versagen, zurücktreten müssen, so ist der Zustand nicht normal. Es ist nicht normal, daß die Kinder schon so früh mit den Erregenschaften einer sehr zweifelhaften Zivilisation, die sich Kultur nennt, bekannt gemacht werden. Normal sollte man den Zustand auch nicht bezeichnen, nach dem einige in der staatlichen Gesellschaft, die sich Volksgemeinschaft nennt, nicht wissen, wohin sie mit ihrem Reichtum sollen, während Millionen und aber Millionen vor Hunger nicht in den Schlaf kommen können. Aber ganz schwer wird die Frage nach dem Normalzustand in der Arbeitslosenfrage. Es wird Zeit, daß Volkswirtschaftler sie zum Gegenstand ihrer Doktorarbeit machen. Sollen wir uns etwa mit der Antwort zufrieden geben, die Staatssekretär Dr. Brügg auf diese Frage gibt? Er sagt, daß 3 Millionen Arbeitslose für unsere Volkswirtschaft nicht den Normalzustand bedeuten können, aber wir müßten uns damit abfinden, daß die Arbeitslosigkeit nie ganz wieder verschwinden würde. Er sähe etwa eine Zahl von 600 000 als „die normale Arbeitslosenzahl“ an.

Nein! und abermals: Nein!, das kann nicht der Normalzustand sein! Wahre Volksgemeinschaft besteht erst, wenn der letzte Bettler, der nicht wegen seiner Schuld auf der Straße liegt, in die Arbeit zurückgeführt ist. Man sage nicht, daß dann zuviel Güter erzeugt würden. Der Bedarf in 90 Prozent aller Familien ist so riesig, daß selbst eine doppelt so große Produktionskraft nicht genügen würde, ihn zu decken, wenn die wirtschaftliche Kraft der Massen genügend gestärkt werden könnte. Wenn dann in ferner Zukunft wirklich einmal der Zustand kommen sollte, daß die Produktion zu groß würde, dann wäre die Zeit gekommen, von der Arbeitszeit jedes einzelnen Menschen ein Stück abzunehmen, daß er einmal ganz Mensch sein könnte. Heute ist es nur den wenigsten vergönnt, die Schönheiten unseres Vaterlandes und der anderen Länder aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Man wende nicht ein, daß dann die Begehrlichkeit der Massen zu groß werden würde. Wir glauben heute, daß ein tiefinnerster Zusammenhang zwischen Sittlichkeit und gesicherter Lebenslage besteht, und daß das Handeln der Kräfte, die aus der Seele unseres Volkes immer wieder hervorbrennen, um Zustände zu schaffen, die das Vordringen des Geistes in der Welt möglich machen, der schönste Gottesdienst ist.

In der heiteren Welt des Orients spielt die Befriedigung der materiellen Bedürfnisse des Menschen längst nicht die Rolle wie bei uns. Ein Griff zur Seite in das Gebüsch gibt die Frucht zur Stillung des Hungers, und wenn das schützende Dach fehlt, der deckt sich zur Nachtzeit mit dem sternbesäten Himmel zu. Dabei sinnt der Orientale stunden- und tagelang über die Zustände seines feelischen Lebens nach. Ich bin weit entfernt, diese innere Haltung des Morgenländers als den Normalzustand des Menschen zu bezeichnen. Wahrscheinlich hat der Orientale über die Seele die Arbeit vernachlässigt; aber

fast noch sicherer ist es, daß das Abendland über die Arbeit die Seele vergessen hat.

In diesen Tagen hat Ludendorff ein Buch über den drohenden Weltkrieg geschrieben. Er kommt zu dem Resultat, daß sich die Völker Europas gegenseitig auslöschen werden, und daß der Erbe ihrer Kultur Asien sein wird. Sicher werden die Völker Asiens unsere Kultur nicht übernehmen, aber vielleicht geht aus einer Verbindung der abend- und der morgenländischen Kultur der Normalzustand für die Zukunft hervor. S. B.

Kirche und Arbeitslosigkeit.

Eine Rundfunkrede in der Nordischen Rundfunk A. G. von D. Paul Le Seur, Leiter des Hainsteinwerkes, Eisenach.

Kirche und Arbeitslosigkeit — ihre Beziehung zu einander bestreiten, hieße den Verneinen, der von jenem unter die Mörder Gefallenen gesprochen hat, an dem Priester und Levit vorübergegangen sind. Hat Liebe nichts zu tun mit Not? Die Arbeitslosigkeit ist ungeheure Not. Drei bis vier, vielleicht bald fünf Millionen Menschen sind in Deutschland arbeitslos, und ihre Familien teilen ihr Schicksal. Gottlob haben wir die Arbeitslosenunterstützung. Aber ein deutscher Wirtschaftsführer, Dr. Hugo, hat nur allzu recht, wenn er sagt: „Man muß sich darüber klar sein, was es heißt, wenn drei Millionen Menschen arbeitslos sind. Die Arbeitslosenunterstützung gestattet den zehn Millionen Familienangehörigen nicht mehr als ein geringes Existenzminimum, die Krisenfürsorge noch weniger. Sie können nur das Allernotwendigste für ihren Lebensunterhalt erwerben. Bei langem Andauern dieses Zustandes sind die notwendigsten Kleidungsstücke nicht mehr zu beschaffen.“ So ist es wirklich. Aber damit ist doch erst die Außenseite berührt. Es kann einen Menschen, der die Kraft und den Willen zur Arbeit hat, wenig anderes so hart treffen, als daß ihm die Möglichkeit zur Arbeit genommen wird. Die seelische Not, die damit für den Einzelnen entsteht, ist schwer selbst da, wo ein Eigenheim und ein Stückchen Land das schlimmste Elend fernhalten. Aber wie wenige haben solch schützendes Eigentum! Was es für einen Mann bedeutet, den seinen Monat um Monat als Arbeitsloser gegenüberzustehen, wie entwürdigend es für junge gesunde Menschen ist, den Eltern dauernd zur Last zu fallen, wieviel Reizbarkeit und Zorntracht dadurch in den Familien entstehen, das kann der kaum nachempfinden, der nicht selbst von diesem Schicksal getroffen ist. Und wenn die Unterstützung aufhört und die Wohlfahrt als einzige Zuflucht übrig bleibt, wird es noch schwerer. So manchen treibt das Elend zum Selbstmord, andere suchen Betäubung im Alkohol oder sonstwo, oder man wird stumpf. Ist's verwunderlich, daß manche zu Verzweiflungstaten getrieben werden, an die sie sonst nie gedacht hätten? Wer noch in geordneten Verhältnissen lebt, hätte sich, hier hart zu urteilen! So mancher hat alle Hoffnung verloren, je wieder Arbeit zu finden. Ein junger Arbeitsloser sagte mir traurig: „Wir sind wohl zuviel in der Welt.“ Ist es nicht namenlos schwer, mit zwanzig Jahren schon zum Altfein geworfen zu sein? Und packt einen nicht das Grauen, wenn man erfährt, daß viele Tausende junger Burken sich ihr Brot mit widerwärtigsten Schmutzereien erwerben, um nicht zu betteln? Und nun gar das Schicksal der Alten — und man gilt bei der Arbeitsuche oft schon als alt, wenn andere sich noch ihrer Jugend freuen.

Der Mensch kann sich seelisch nur dann recht entwickeln, wenn ihm drei Dinge gewährt sind: Arbeit, Heim, Ehre — es sei denn, daß er ganz tief in Gottes Gnade wurzelt. Aber diese drei Dinge werden dem Arbeitslosen, je länger seine Not währt, um so mehr, gefährdet oder ganz zerstört. Das ist der ungeheure Ernst der Frage.

Als im Jahre 1892 hier in Hamburg die Cholera wütete, ist eine gewaltige Tatkraft entfaltet worden, um

die Seuche auf ihren Herd zu beschränken und ganz zu überwinden. Ob nicht das Elend der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit schlimmer und unter Umständen gefährlicher und folgenschwerer ist? Freilich, bei der Cholera war jeder am eigenen Leibe bedroht, während heute noch viele in scheinbar gesicherten Verhältnissen leben. Aber kann ein Christ so denken? Da liegt doch gerade eine heilige Aufgabe der Kirche, die ihr niemand abnehmen kann: als Rinderin und Zeugin der Gottesliebe ist sie dazu da, den Menschen die Augen dafür zu öffnen, daß der andere unser Bruder ist, daß wir ihm „Nächster“ sein sollen.

Unsere Evangelischen Kirchen haben ihre Verantwortung erkannt. In der Volkschaft, die der Kirchentag vor einigen Monaten an die Gemeinden gerichtet hat, heißt es unter anderem:

„Der Kirchentag legt allen Gliedern der evangelischen Kirche mit ernstem Nachdruck die sittliche Verpflichtung nahe, die notwendigen Opfer zu bringen, um die darben- den Volksgenossen durch diese Notzeit hindurchzubringen. Dazu gehört auch, daß das ganze deutsche Volk sich eine Vereinfachung der Lebensführung auferlegen muß. Die Führer des Volkes müssen dabei mit gutem Beispiel vorangehen. Unnötiger Aufwand muß im persönlichen und öffentlichen Leben verschwinden und äußerster Sparsamkeit an seine Stelle treten.“

Unsere Gemeinden und ihren Gliedern wird ans Herz gelegt, aller lieblosen und unberechtigten Kritik an den Opfern der Arbeitslosigkeit entgegenzutreten, denen es nicht an Willen zur Arbeit mangelt, sondern an der Arbeitsmöglichkeit. . . Den arbeitslosen Volksgenossen bringt der Kirchentag sein tiefes Mitgefühl entgegen in der festen Zuversicht, daß gegen Verzweiflung und Verbitterung die Kräfte des Evangeliums sich mächtig erweisen werden. . .

Daß doch dieser Ruf weithin Tat würde! Wenn alle, die noch ihr Brot haben, opferbereit für ihre Mitmenschen eintreten, die sich nicht mehr selbst helfen können, und das empörende Vorurteil bekämpfen, daß unverschuldete Arbeitslosigkeit ein Mahel sei, dann würde es heller in deutschen Landen werden und viel böses Gift würde der Luft entzogen, die wir atmen.

Gewiß gibt es nicht wenige Arbeitscheue. Aber welcher Stand wäre frei von Faulenzern und gewissenlosen Leuten? Die Sünde, Einzelurteile zu verallgemeinern, ist immer schlimm, aber sie wird zum Frevel, wenn man sie denen antut, die im Unglück schmachten.

Unsere Kirchen nehmen diese Fragen ernst. Auf Kongressen, in sozialen Arbeitsgemeinschaften, in der Arbeit ihrer Sozialpastoren, in ihrer Mitwirkung am Internationalen sozialwissenschaftlichen Institut der Stockholmer Kirchenkonferenz in Genu, nicht zuletzt in den theologischen Fakultäten und in literarischer Arbeit sucht sie ihr Urteil zu gründen und zu klären. Das alles wirkt hinein in die Einzelgemeinden, in denen ja das Schwergewicht des kirchl. Lebens liegt. Wer die Dinge kennt, weiß, daß dort durch Pfarrer und Pfarrfrauen, Diakonissen und Diakonen, durch Frauenhilfen und mancherlei andere Vereinigungen viel stiller Dienst geschieht, und daß, jenseits aller Organisationen, viele Christenmenschen bemüht sind zu helfen, wo immer sie es können.

Zur Kirche gehören auch die freien Vereinigungen der Inneren Mission. In letzter Zeit hat der Zentralausschuß für Innere Mission an die ihm angeschlossenen Verbände, Vereine und Anstalten ein ernstes Rundschreiben gerichtet über den Bruderdienst, den wir den Arbeitslosen schulden. Tausende von Obdachlosen finden Nacht um Nacht in Herbergen (17 000 Betten) und Wanderarbeitsstätten der Inneren Mission Obdach. Die Arbeiterkolonien haben im Jahre 1929 18 500 Arbeitslose aufgenommen. Heute ist die Zahl noch höher. Im letzten Jahre ist durch die Innere Mission 60 000 Arbeitslosen Arbeit verschafft worden. Hier und da hat man Arbeitslose für eine Woche oder auch länger in Freizeiten gesammelt, um ihnen zu neuer seelischer Kraft zu helfen.

ziehung. Der Mensch ist gebunden und verkauft an die Weltgesetze. Das ist die nackte Wirklichkeit, wie sie die halt berechnende und untersuchende Wissenschaft uns heute zeigt. Für uns Christen ist das eine Bestätigung der Wahrheit über den Menschen und seine Lage, wie sie uns im Neuen Testament und dann wieder klar und eindringlich von den Reformatoren bezeugt wird, mit der aber unsere aufklärerische Zeit nichts mehr anfangen zu können glaubte. Unsere Zeit gewinnt dafür wieder Verständnis. Um so mehr wird es dann wieder möglich sein, zu ihr zu reden von dem neuen Leben, das Gott aus dem Tode des Menschen heraus schafft und von der Freiheit seines Reiches. Nur im Glauben an Gott, den Schöpfer und Erlöser, der jenseits aller Menschenmöglichkeiten eine ganz neue Möglichkeit setzt, ist Erziehung im letzten Sinne denkbar. Aber hier wird sie möglich.

Von dort her nur waren die letzten Gedankengänge des Vortragenden zu verstehen, die zur Verantwortung aufrufen. Verantwortung gibt es nur einer letzten Autorität gegenüber. Sie muß der Mensch kennen und anerkennen, auch wenn sein Dasein dem Anschein nach sich nur als ein Spiel blinder Naturkräfte darstellt. Das bedeutet dann die Ueberwindung des Grundfalsches, daß der Mensch das Maß aller Dinge sei, d. h. aber, die Ueberwindung des individualistischen Persönlichkeitsideals. Der Mensch ist mitverantwortlich für den andern, er hat sich einzuordnen in die großen natürlichen Schöpfungsordnungen dieser Welt als ein Glied neben den andern. Das „dritte Reich“ einer neuen Ordnung, die bestimmt wird durch die Unterordnung des Menschen unter den Willen Gottes und durch die Einordnung des Einzelnen in den gliedhaften Verband mit den andern zur gemeinsamen Wohlfahrt, darauf haben wir zu warten. Ob es aber in dieser Welt je eine solche Ordnung geben wird? S. St.

Menschenführung im Lichte der Biologie.

So lautete das Thema des zweiten Vortrages, den Professor Dr. Bavinck, Vriesfeld, im Auftrage der evangelisch-kirchlichen Arbeitsgemeinschaft zu dem Sammelthema: Menschenführung als Gegenwartsaufgabe, hielt. Die Ausführungen waren dazu angetan, zu tieferem Nachdenken anzuregen.

Einfleitend wurde versucht, die Gedanken des Vortrags einzuordnen in den Rahmen des Gesamtthemas. Menschenführung wendet sich in erster Linie nicht an das theoretische Erkennen, sondern an die Willens- und Gefühlsimpulse des Menschen. Dennoch ist das rechte Erkennen für das richtige Handeln nicht überflüssig. Vermittelt es uns auch nicht die unmittelbaren Antriebe für unser Handeln, so zeigt es uns doch die richtigen Wege, die zum Ziele führen. Für den Christen ist oberstes Ziel allen Wollens und Handelns die Erfüllung der dritten Bitte im Vaterunser: Dein Wille geschehe, wie im Himmel, also auch auf Erden. Gottes Wille aber soll geschehen nicht nur im Bereich der Erlösung, sondern auch in dem der Schöpfung. Er richtet sich auch nicht nur auf die schöpfungsgemäße Ausgestaltung der einzelnen Persönlichkeit, sondern umfaßt nicht weniger die schöpfungsgemäßen Einheiten und Lebensformen wie Familie und Volk.

Die weiteren Ausführungen machten sodann die ungeheure Schwierigkeit und Tragwürdigkeit aller Menschenführung, ja, des menschlichen Daseins überhaupt, im Lichte der Biologie deutlich. Zu den sicheren Ergebnissen der Forschung in den letzten Jahrzehnten gehört die Erkenntnis, daß der Mensch genau so wie jedes andere Lebewesen den Gesetzen der Natur und des natürlichen Lebens unterliegt. Wie jedes andere Lebewesen

ist er nicht nur in seiner leiblichen Beschaffenheit, sondern auch in seinem geistigen Leben ein Produkt aus seiner erbten Anlage und seinen Umweltsbedingungen. Jeder Mensch bringt von seinen Erzeugern ganz bestimmte Erbanlagen mit ins Dasein, die jedoch vorerst nicht als fertige Merkmale in die Erscheinung treten, sondern als Fähigkeiten unter bestimmten Bedingungen bestimmte Merkmale hervorzubringen. Die Erbanlage eines Menschen läßt sich in keiner Weise ändern. Als Aufgabe der Erziehung und Führung bleibt uns einzig die Möglichkeit, die Umweltsbedingungen eines Menschen in einer Weise zu bestimmen, die eine gute Entwicklung seiner Erbanlagen sichert. Allerdings sind uns auch hier Grenzen gesteckt, da wir in den allermeisten Fällen vorher nicht zu erkennen vermögen, in welcher Umgebung der betreffende Mensch sich gut entfalten könnte, und da es zum ändern ja vielfach gar nicht in unserer Hand liegt, die Umwelt eines Menschen zu bestimmen.

Es ist ein verhängnisvoller Irrtum vor allem auch unserer Zeit, daß man glaubt, durch Heranbildung und Erldichtigung des jetzt lebenden Geschlechtes auch das Erbild des Volkes ändern zu können. Mit all diesen Bestrebungen dienen wir lediglich der jetzt lebenden Generation, nicht aber der kommenden. Änderungen des Erbildes sind von uns nicht zu erreichen. Als einzige praktische Möglichkeit ist hier nur die Forderung einer stärkeren Vermehrung der erblich wertvollen Geschlechter unseres Volkes zu erheben.

Für den stolzen Menschengestalt ist es demütigend, wenn ihm so seine Schranken und seine unentrinnbare Abhängigkeit gezeigt werden. Wo bleibt da seine Freiheit, von der ein vergangenes Zeitalter so laut und so überzeugend schwärmte? Es ist nichts um die Freiheit des Menschen, weder in leiblicher noch in geistiger Be-

Mancher junge für längere Zeit sonder innerer oder Kaufleute schaftlichen Ar für den Dienst Berk. Entglei sene Strafgeset tige u. a. m. 3. Gefallen für ist man darun beitsgemeinsch gungene Unte hen sie sich 3 Leute mit brüi chern, für die loren Zeit bung nützlich winnung neu wichtige Betäi Beratung und Evangelische dorf ist in un Jahren entstan als Grenzwall

Notver

Die Verhand

schleiert. —

Abend

Die Ver

Parteien, die

heit für die

abschiedeten

öffentlichen

bedeutet wor

die Intraffse

verordnung

Maßnahmen

der Reichssta

Parteilührer

zu klären. S

im Reichstags

Ministerpräsi

Zentrumspräsi

Wie ver

Verlaufe die

verordnungen

zu deren U

Reichstags e

ions für z

Personalaufr

dem Reichsta

lichen Geset

der in den

der Durchf

Rändergesetz

Inhaltli

die neue No

die vom Rei

hinaus wird

scheinlich a

ordnungen

Gebühren fü

ist eine Wen

sach durchge

nommen. De

dem Reichste

verordnungen

leichtern.

Auf die

nach das ge

durchführen

verordnungen

zung, die d

den Reichst

tag der V

händen die

Ob diese du

werden kann

rung durch

nationalen i

dagegen die

tion einer v

wird.

Wied

Da abe

Notverordnu

werden wah

nahlen im

die Notvero

Die endgülti

kurzfristige

noch seine

Preis

Verbilligung

D.

In dem

Reichsregier

Reichsbahn-G

ermäßigung

Zur Be

der werktät

Arbeiter Wo

ten, Monats

na/et von

ihn schon er

wird die g

Lebensmittel

für K

bahn in F

gut-Prachten

ladungen er

Kommunalwahlen.

Stadtverordnetenwahl in Bielefeld.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Bielefeld wurden am Sonntag, den 30. November für die einzelnen Parteien folgende Stimmen abgegeben. Es bleibt jedoch zu berücksichtigen, daß die Zahlen in Klammern nicht mit den am 14. September abgegebenen Stimmen identisch sind, sondern die inzwischen erfolgte Bielefelder Umgegendung berücksichtigen, bei der die Einwohnerzahl Bielefelds von 85 000 auf 120 000 gestiegen ist. Da es sich bei dieser Eingemeindung in der Hauptsache um Vororte handelte, in denen die SPD ausgesprochene Hochburgen besitzt, fällt der relative Rückgang der SPD. besonders ins Gewicht.

Sozialdemokraten	29 371	(32 000)
Deutschnationale	3 134	(3 500)
Zentrum	3 122	(3 350)
Kommunisten	4 068	(4 750)
Deutsche Volkspartei	4 291	(7 600)
Staatspartei	1 175	(3 100)
Wirtschaftspartei	5 837	(6 100)
Nationalsozialisten	17 629	(11 600)
Evang. Volksdienst	3 906	(3 400)

Die Verteilung der Mandate.

Wie die Feststellung der Mandate ergibt, entfallen von den 50 Sitzen in der neuen Bielefelder Stadtverordnetenversammlung nach vorläufiger nicht amtlicher Berechnung 25 auf die bürgerlichen Parteien, 22 auf die SPD. und 3 auf die Kommunisten. Die alten bürgerlichen Parteien verloren 10 Sitze, die von den Nationalsozialisten erungen wurden. Den Sozialdemokraten fielen 22 Sitze zu statt bisher 19 und den Kommunisten 3 statt bisher 2. Es ergibt sich danach folgende Zusammenstellung.

SPD.	22	(19)
D.V.P. und Konf. V.P.	3	(9)
Wirtschaftspartei	4	(5)
Deutschnationale	2	(3)
Zentrum	2	(2)
Staatspartei	0	(2)
Evang. Volksdienst	2	(2)
Kommunisten	3	(2)
Nationalsozialisten	12	(2)
Stadtwachterpartei	0	(0)

Kreistag Bielefeld.

Gesamtergebnis.

Die Wahl zum Kreistag Bielefeld-Land ergab folgenden Resultat (die Ziffern vom 14. 9. 1930 in Klammern):

Sozialdemokraten	13 575	(15 100)	10	(14)
Deutschnationale	3 317	(3 300)	3	(4)
Zentrum	674	(800)	0	(1)
Kommunisten	1 379	(2 000)	1	(1)
D.V.P. u. Konf. Volkspartei	2 046	(1 900/400)	2	(0/0)
Staatspartei	334	(900)	0	(1)
National-Soz.	6 403	(5 100)	5	(0)
Evangelischer Volksdienst	3 544	(3 950)	3	(2)
Wirtschaftspartei	938	(1 250)	1	(2)

Hier haben alle Parteien einschließlich der SPD, mit Ausnahme der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen gegen den 14. September 1930 einen Stimmenrückgang zu verzeichnen, der am stärksten bei der Staatspartei in Erscheinung tritt, die nur etwas mehr als ein Drittel der früheren Stimmen erhielt. Von den 25 Mandaten entfallen 14 auf die bürgerlichen Parteien einschließlich der Nationalsozialisten, 10 auf die Sozialdemokraten und 1 auf die Kommunisten.

leren Entfernungen unter Friedenssagen liegen. Frachtfertigung für Getreide, Mehl und Qualitätsseiler soll die Preisfestsetzung auch dieser wichtigen Lebensmittel für sich beeinflussen.

Entsprechend seiner großen Bedeutung für die Fleischversorgung der Bevölkerung wird auch der Tierritarif gesenkt, und zwar in höherem Maße, als bei seiner vor dem Abschluß stehenden Umarbeitung vorgesehen war.

Für alle bereits im Rottarif enthaltenen Lebensmittel wird, um Wünschen der kleineren Verbraucher entgegenzukommen, eine Ermäßigung für 5- und 10-Tonnen-Ladungen gewährt.

Zur Senkung der landwirtschaftlichen Produktionskosten wird auch eine Reihe von Düngemitteln in die Frachtfertigung einbezogen.

Im Kohlenversand werden für bestimmte Empfangsgebiete Ermäßigungen durchgeführt, die dazu dienen sollen, durch Hebung des Gesamtabsatzes den Arbeitsmarkt zu beleben und dadurch der Wirtschaft neuen Antrieb zu geben.

Die Erleichterungen für Kohlen gelten ab 1. Dezember, die übrigen Ermäßigungen werden in kürzester Frist in Kraft gesetzt, sobald die mit ihrer Einführung verbundenen Arbeiten abgeschlossen sind.

Neue Hege der Aufständischen!

„Zust.“-Ausschreibung des Aufständischen-Verbandes. — Die Tötung des Polizeibeamten.

— Kattowitz, 1. Dezember.

Der Vorstand des Verbandes der Aufständischen veröffentlicht einen Aufruf, mit dem er die Aufständischen auffordert, den Kampf gegen das deutsche Volkstum in Polen fortzusetzen! Es ist das eine unerhörte Forderung, die den Kampf beweis, wie notwendig ein sofortiges und scharfes Eingreifen ist.

Die Wahlbeteiligung bei den heutigen Wahlen in Bielefeld betrug 86 Proz. gegen 89½ Proz. am 14. September.

Die Kreistagswahl in Gadderbaum

ergab folgende Ziffern:	heute	(14. 9. 30)
Sozialdemokraten	622	(719)
Deutschnationale	523	(503)
Nationalsozialisten	833	(439)
Deutsche Volkspartei	139	(169)
Evang. Volksdienst	1 345	(1 593)
Wirtschaftspartei	97	(105)
Staatspartei	20	(103)
Kommunisten	130	(137)
Zentrum	16	(32)

Die Wahlen in Bremen.

Bremen-Stadt. — Amtliches Gesamtergebnis.

Bremen, 30. November. Von den bremischen Bürgerchaftswahlen liegt folgendes amtliches Gesamtergebnis aus Bremen-Stadt vor (in Klammern die Ziffern der letzten Reichstagswahlen):

SPD.	55 807	(62 456)
Deutschnationale Volkspartei	9 009	(12 045)
Zentrum	4 238	(4 816)
Kommunisten	19 798	(23 493)
Deutsche Volkspartei	22 756	(33 517)
Staatspartei	6 682	(11 502)
Wirtschaftspartei	3 362	(7 482)
Haus- und Grundbesitz	8 730	(6 659)
Nationalsozialisten	45 703	(22 032)
Konservative Volkspartei	1 894	(7 277)
Christlich-sozialer Volksdienst	1 389	(1 559)
Kommunistische Opposition	799	(—)

Das Gesamtergebnis im Staate Bremen.

Bremen, 1. Dezember. Das Gesamtergebnis der Bürgerchaftswahlen im Staate Bremen ist folgendes:

	30. 11. 30:	14. 9. 30:	Mandate	1927:
SPD.	62 515	(73 670)	40	50
Deutschnationale	11 461	(15 425)	6	9
Zentrum	5 379	(5 335)	3	2
Kommunisten	21 679	(25 861)	12	10
Deutsche Volkspartei	25 271	(36 153)	15	16
Wirtschaftspartei	3 362	(8 553)	2	9
Staatspartei	7 216	(12 786)	4	(12 Dem.)
Haus- u. Grundbesitz.	8 730	(nicht aufgestellt)	5	9
Nationalsozialisten	51 324	(26 137)	32	2
Konserv. Volkspartei	1 894	(nicht aufgestellt)	1	—

In Oldenburg.

Die Wahlen zum Landesausschuß für den oldenburgischen Landesteil Lüneburg.

— Eutin, 1. Dezemb. Am Sonntag fanden die Wahlen für den Landesausschuß des oldenburgischen Landesteils Lüneburg statt. Die Wahlbeteiligung betrug durchschnittlich 85 v. H. Die Wahlen sind überall ruhig verlaufen. Nach Eutin war ein verstärktes Polizeiaufgebot unter Hinzuziehung von Sipo aus Bad Schwartau herangezogen. Für den Landesausschuß des oldenburgischen Landesteils Lüneburg wurden insgesamt folgende Stimmen abgegeben:

	(14. 9. 30)
Bürgerliche	4 148
Nationalsozialisten	8 484
Sozialdemokraten	8 610
Kommunisten	1 354

Der Aufruf, in dem den Aufständischen zunächst für ihre „hervorragende Mitarbeit“ bei den vergangenen Wahlen der Dank (!) ausgesprochen wird, führt eine außerordentlich provozierende Sprache. Zur Charakterisierung seines Inhalts, der in fortwährenden Wiederholungen von den Aufgaben der Aufständischen zur Verhinderung eines angeblichen Germanisierungsprozesses spricht, genügt die Wiedergabe der nachstehenden Sätze:

Unsere Aufklärungsmission, die gegen die offizielle Minderheit gerichtet ist, wird weiter bis zum völligen Erfolg andauern. Wir werden rücksichtslos die destruktive Arbeit der Abgeordneten Berlins bekämpfen, deren Arbeit auf die Vösterung Oberdeutschlands von Polen gerichtet ist. Möge die Welt wissen, daß von einer Grenzrevision keine Rede sein kann. Im Notfall wird sich noch immer eine starke Aufständischenmacht finden, die jeder „Verrat“ an der polnischen Erde unterbinden wird.

Was die Tötung des polnischen Polizeikommandanten in Golaßowitz betrifft, sind jetzt zwei Personen namens Kuba und Watut verhaftet worden. Die Verhafteten rechnen sich zwar zur deutschen Minderheit, doch sind sie überbekannt. Kubas Wohnsitz zudem seit Jahren wegen Mordes im Gefängnis. Nach dem Polizeibericht soll Watut mit einem Knüttel auf den Polizeibeamten eingeschlagen haben, während Kuba mit einem Küchenmesser wütete. Die Richtigkeit dieser Meldung dahingestellt, ergibt sich doch, daß die deutsche Minderheit mit diesem Vorfalle nicht das geringste zu schaffen hat. Politisch kann Polen aus der Tötung des Polizeikommandanten also kein Kapital schlagen.

Als neues Mitglied des vorläufigen Reichswirtschaftsrates wurde der Direktor des Reichsverbandes des deutschen Gartenbaues, Kurt Sachmann, Borsinghendorf, einberufen.

Mancher junge Arbeitslose findet in einer Volkshochschule für längere Zeit die Möglichkeit nicht nur der Erholung, sondern innersten Aufbaus. Für junge Industriearbeiter oder Kaufleute werden Umschulungskurse zur landwirtschaftlichen Arbeit veranstaltet. Stadtmissionen, Vereine für den Dienst an Arbeitslosen sind unermüdlich am Werk. Entgleisten suchen die Organisationen für entlassene Strafgefangene, Fürsorgevereine für Alkoholfüchtige u. a. m. zu Hilfe zu kommen. Hier und da hat man Leihhallen für Arbeitslose eingerichtet. In letzter Zeit ist man darangegangen, junge Arbeitslose in freien Arbeitsgemeinschaften zu sammeln. Um nicht durch die erzogene Untätigkeit seelischen Schaden zu leiden, schließen sie sich zusammen. Arbeitslose selbst oder andere Leute mit brüderlichem Herzen unterrichten etwa in Fächern, für die Interesse vorhanden ist, damit die sonst verlorene Zeit fruchtbar gemacht wird nicht nur zur Erwerbung nützlicher Kenntnisse, sondern vor allem zur Gewinnung neuer seelischer Kräfte. Dazu kommen zwei wichtige Betätigungen kirchlicher Bruderschaften: Die rechte Beratung und Betreuung von Auswanderern und der Evangelische Siedlungsdienst. Schon manches Siedlungsdorf ist in unserem menschenarmen Osten in den letzten Jahren entstanden, als Mutterboden neuer Bauernschaft, als Grenzwall unseres bedrohten Volkstums.

Schluß folgt.

Notverordnung gegen Reichstag

Die Verhandlungen mit den Parteien endgültig gescheitert. — Besprechung Brüning mit Braun. — Abänderung der Juli-Notverordnung.

— Berlin, 30. November.

Die Verhandlungen der Reichsregierung mit den Parteien, die den Zweig hatten, eine Reichstagsmehrheit für die Annahme der vom Reichsrat bereits verabschiedeten Regierungsvorlagen zur Sanierung der öffentlichen Finanzen sicherzustellen, sind ergebnislos beendet worden. Das Reichskabinett hielt nunmehr die Inkraftsetzung der Sanierungsgeetze durch Notverordnung für gegeben und leitete sofort entsprechende Maßnahmen ein. Im Zusammenhang damit versuchte der Reichskanzler, durch neue Verhandlungen mit den Parteiführern die Stellungnahme der Fraktionen zu der Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung zu klären. Ferner hatte Reichskanzler Dr. Brüning im Reichstag eine Besprechung mit dem preussischen Ministerpräsidenten Braun und dem Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags, Dr. Heß.

Wie verlautet, äußerte sich der Reichskanzler im Verlaufe dieser Besprechungen dahin, die neuen Notverordnungen auf die Gegenseitigkeit zu beschränken, zu deren Annahme nur eine einfache Mehrheit des Reichstags erforderlich gewesen wäre. Das Personal für die Ausführung sowie die Vorlage über den Personalaufwand und die Beförderungssperre müssen dem Reichstag zur Verabschiedung im Wege der ordentlichen Gesetzgebung zugeleitet werden. Damit ist auch der in den letzten Tagen mehrfach erwähnte Plan der Durchsetzung dieser Geetze durch eine beschleunigte Ländergesetzgebung fallen gelassen.

Inhaltlich werden sich die einzelnen Geetze, die die neue Notverordnung ausmachen, mit denen decken, die vom Reichsrat verabschiedet worden sind. Darüber hinaus wird die neue Notverordnung aber sehr wahrscheinlich auch Abänderungen der Juli-Steuernotverordnungen enthalten, insbesondere in der Frage der Gebühren für die Krankenkassen sowie in der Frage der Verringerung in der Stellung der bereits vielfach durchgeführten Bürgersteuer in Aussicht genommen. Der Zweck aller dieser Abänderungen ist der, dem Reichstag das Sich-Abfinden mit den Juli-Notverordnungen und den neuen Notverordnungen zu erleichtern.

Auf diesem Wege hofft das Reichskabinett doch noch das gesamte Reformprogramm bis Weihnachten durchführen zu können. Die Inkraftsetzung der Notverordnungen will das Reichskabinett nach der Wendung, die die Dinge jetzt genommen haben, gegen den Reichstag vorsehen; zur Aufrechterhaltung der Notverordnungen ist aber unter allen Umständen die Zustimmung des Reichstags erforderlich. Ob diese durch die geplanten Abänderungen erlaubt werden kann, ist ungewiß. Eine Duldung der Regierung durch die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen ist ausgeschlossen; ungewiß ist zur Stunde dagegen die Haltung, die die sozialdemokratische Fraktion einer vollendeten Tatsache gegenüber einnehmen wird.

Wiedereröffnung des Reichstags.

Da aber bei einer Mehrheitsbildung gegen die Notverordnungen mit Neuwahlen zu rechnen ist, werden wahrscheinlich alle die Parteien, die an Neuwahlen im jetzigen Augenblick kein Interesse haben, die Notverordnungen als kleineres Übel hinnehmen. Die endgültige Entscheidung wird nunmehr innerhalb kürzester Frist fallen. Der Reichstag nimmt am Mittwoch seine Plenararbeiten wieder auf.

Preisabbau der Reichsbahn.

Verbilligung der Wochen- und Monatskarten, Senkung der Gütertarife für Lebensmittel.

In den Preisfestsetzungsverhandlungen zwischen der Reichsregierung und dem Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft ist Übereinstimmung über eine Ermäßigung wichtiger Eisenbahntarife erzielt worden. Zur Verbilligung der Lebenshaltung werden die Preise der Arbeiter-Wochenkarten, der Kurz-Arbeiter-Wochenkarten, Monats- und Zeimonsatsarten sowie Schülermonatskarten gesenkt. Der Vorortverkehr fällt, soweit für ihn schon ermäßigte Sätze bestehen, nicht hierunter.

Im Güterverkehr

wird die Versorgung der Bevölkerung mit wichtigen Lebensmitteln praktisch erleichtert.

Für Kartoffeln werden, nachdem die Reichsbahn im Interesse der Kleinbezieher schon die Stückgutfrachten gesenkt hat, auch die Sätze für Wagenladungen ermäßigt. Sie werden damit auch bei mitt-

verkauft an die Minderheit, wie sie die Wissenschaft uns eine Bestätigung einer Lage, wie sie der klar und einigt wird, mit der mehr anfangen zu wärfür wieder werden der möglich sein, Das Gott aus dem von der Freiheit ott, den Schöpfer chenmöglichkeiten scheidung im letzten möglich. Gedankenänge r Verantwortung einer letzten Auskennen und an-Anschein nach sich darstellt. Das beundfages, daß der aber, die Ueber-sönlichkeitsideals. en ändern, er hat-ischen Schöpfungs-leben den ändern. ung, die bestimmt nischen unter den nders zum gemein-arten. Ob es aber geben wird?

S. St.

Deutschland ist abgerüstet.

Ein Interview Groeners.

Der Chefredakteur des W.D. hatte Gelegenheit, sich mit dem Reichswehrminister über das Abrüstungsproblem zu unterhalten. Hierbei erklärte Dr. Groener unter anderem folgendes:

Deutschland und seine Verbündeten aus dem Kriege haben allein abgerüstet. Unter den Augen der internationalen Kontrollkommission, die in einer Stärke von 546 Offizieren und 963 Unteroffizieren und Mannschaften in allen Teilen des Reiches jede einzelne Maßnahme der Abrüstung und der Aufstellung der neuen Wehrmacht kontrolliert hat, ist die uns im Versailles Vertrag auferlegte Entwaffnung durchgeführt worden.

Sechs Millionen Gewehre und Karabiner, 130 000 Maschinengewehre, 60 000 Geschütze, 15 700 Flugzeuge, 27 700 Flugzeugmotoren, 547 Flugzeugballen, 30 Luftschiffballen und eine in die Hunderte von Millionen gehende Zahl von Munition aller Art wurden zerstört oder ausgeliefert. Sämtliche modernen Waffen, schwere Geschütze, Tanks, Luftschiffe usw. mußten abgeliefert werden. Alle Festungen im Reich sind geschleift. Für die Entfestigung ist mit Ausnahme von Königsberg jede Geschützabkantung und jeder weitere Ausbau verboten.

Die Organisation der neuen Wehrmacht ist von der Gliederung der obersten Spitzen an bis in die kleinste Einheit hinein aufs genaueste bestimmt worden. Für jede Waffe, jedes Ausrüstungsstück bis zu den Fußnägel unserer Pferde und den Säbeltrödeln wurden genaue Höchstbestände festgelegt.

Früher hat man uns gesagt, die Abrüstung könne erst dann beginnen, wenn unsere Entwaffnung durchgeführt sei. Die Bedingungen wurden von uns erfüllt. Aber die Regierungen einzelner Länder erfinden immer wieder neue Vorwände, um die ungeheure Vergrößerung und Vervollkommen ihrer Rüstungen zu begründen und die Abrüstung zu sabotieren.

Man behauptet, Deutschland verfüge auf Grund seiner Menschenzahl und seiner leistungsfähigen Industrie über ein „potentiel de guerre“, durch das die Überlegenheit des kleinen deutschen Heeres gegenüber der großen französischen Armee ausgeglichen werde. Ich frage demgegenüber: Was nützen uns die theoretischen Möglichkeiten, unsere Industrie auf die Herstellung von Flugzeugen oder Kanonen oder andere Kriegsmaschinen umzustellen, wenn diese Umstellung ohne jeden Schutz vor den 3 Luftdivisionen mit circa 1600 Flugzeugen und den 1172 Geschützen Frankreichs und den anderen, sofort einsatzbereiten hochgerüsteten Armeen Polens und der Tschechoslowakei erfolgen müßte? Die Amerikaner mit ihrer hochentwickelten Industrie brauchten im Großen Kriege zur Umstellung ihrer Fabriken so lange Zeit, daß es 12 Monate dauerte, bis eine Granate, 18 Monate, bis das erste schwere Geschütz aus Neuanfertigungen abgeliefert werden konnte.

Man hat weiter behauptet, die Ausbildung der langdienenden Berufsoldaten sei der der kurzdienenden Wehrpflichtigen so weit überlegen, daß aus diesem Grunde die Sicherheit Frankreichs bedroht sei. Was nützt uns der bestens ausgebildete Soldat, der gegenüber den 2000 sofort aktiv verfügbaren Kampfwagen unserer Nachbarn nur seine Tank-Attrappen aus dem Marder zur Verfügung hat? Wie kann das deutsche Heer die französische Sicherheit bedrohen, wenn es nur 288 Feldgeschütze den 2700 leichten und schweren Geschützen Frankreichs gegenüberstellen kann?

Seitdem auch die Völkervereinigung auf Vorschlag der militärischen Sachverständigen bestätigt wurde, daß die Entwaffnung Deutschlands durchgeführt sei, sucht man heute die These von der bedrohten Sicherheit Frankreichs durch Behauptungen über angebliche deutsche Scheinrüstungen aufrecht zu erhalten.

Glaubt man in Frankreich, daß es in einem Lande mit einer so kritischen Öffentlichkeit überhaupt möglich wäre, auch nur eine Waffe „heimlich“ herzustellen, wenn Hunderte von Menschen an dem Produktionsprozeß beteiligt sind?

Man hat die Abrüstung verkündet, um den Frieden zu sichern. Man gefährdet aber den Frieden, solange die Abrüstung auf ein Land beschränkt und es jedem feindlichen Einfall wehrlos ausgeliefert bleibt.

Das deutsche Heer mit 100 000 Mann steht im Westen der französischen und belgischen Armee mit 740 000 aktiven Soldaten gegenüber. Davon sind 157 000 Offiziere und langdienende Unteroffiziere, also Berufsoldaten; im Osten Polen und die Tschechoslowakei mit 450 000 aktiven Soldaten, davon 74 000 Berufsoldaten. Außerdem können unsere Nachbarn 8 Millionen in ein- und zweijähriger Dienstzeit ausgebildete Reserve einsehen, während Deutschland jede Möglichkeit genommen ist, seine Bevölkerung irgend wie militärisch auszubilden.

Das Bedürfnis nach nationaler Sicherheit ist berechtigt und in der Völkervereinigung verankert. Dem unerträglichen Mißverhältnis der Rüstungen innerhalb Europas muß ein Ende gemacht werden.

Deutsche Protestnote überreicht.

In Genf und allen europäischen Hauptstädten. — Schwere Anklagen gegen Polen. — Durchführung des Minderheitenklausus und Entschädigung der Opfer gefordert.

— Berlin, 1. Dezember.

Auf Anordnung der Reichsregierung hat der deutsche Generalkonsul Völkner in Genf dem Generalsekretariat des Völkerbundes die deutsche Protestnote gegen die Vergewaltigung des deutschen Volkstums in Polen überreicht. Die deutsche Note besteht aus einem allgemeinen Teil, einer Materialsammlung und Schlussfolgerungen. Genügt wird die Beschwerde auf Artikel 72 des österreichischen Minderheitenvertrags, es wird aber auch zum Ausdruck gebracht, daß Deutschland nicht nur im Namen des Rechts gegen die polnischen Terror-Methoden Einspruch erhebt, sondern zugleich aus Gründen der Menschlichkeit.

Das Generalsekretariat des Völkerbundes wird die deutsche Note in die englische und französische Sprache übersetzen und sie unverzüglich den im Rat vertretenen Mächten zugehen lassen. Die offizielle Veröffentlichung des Wortlauts der deutschen Note ist für Mittwoch in Aussicht genommen. Die Bekanntgabe erfolgt gleichzeitig in Berlin und Genf.

Eine Abschrift der deutschen Note ist durch Deutschlands diplomatische Vertretungen im Auslande den Regierungen der europäischen Großmächte direkt überreicht worden. Auch haben die Völkervereinigung bei dieser Gelegenheit mündlich erläuternde Mitteilungen über die Beschwerde der Reichsregierung und die sehr ernste Bedeutung der Minderheitenfrage gemacht.

Das Material.

auf das sich die deutsche Note stützt, behandelt die polnischen Maßnahmen zur politischen Entwertung der deutschen Minderheit und in einem besonderen Kapitel die Gewaltakte gegen Angehörige des deutschen Volkstums, wobei zehn besonders trasse Terrorakte ausführlich dargelegt werden.

Die Tatsache der politischen Entwertung der nationalen Minderheiten durch die polnischen Behörden wird mit dem Hinweis auf Katowitz und Königsberg erhärtet, wo man etwa 30 000 deutschen Wählern die Aufnahme in die Wählerlisten verweigerte und ihnen ausgab, binnen drei Tagen die polnische Staatsangehörigkeit nachzuweisen. Diese Maßnahme wiegt um so schwerer, als bei diesem Wahlrechtsraub von polnischen Behörden ausgestellte Dokumente kurzerhand als „unzureichend“ erklärt und ebenso die Besetzung öffentlicher Ämter durch diese Wähler außer Acht gelassen worden sei. Ferner protestiert die Reichsregierung gegen die von polnischen Organisationen erzwungene öffentliche Stimmabgabe.

Die Terrorakte.

In Bezug auf die Terrorakte stellt die deutsche Note zunächst fest, daß das Vorgehen der polnischen Auffassungen von den polnischen Behörden wohlwollend geduldet worden ist, wie ja auch der höchste Beamte in Ostoberschlesien, der Wojewode Gracynski, dem Verband der Auffassungen als Ehrenvorsitzender angehört, und zahlreiche höhere polnische Beamte die Gesandtschaft der Auffassungen unterzeichnet haben.

Als besonders schwerwiegend wird der mehrstündige Angriff polnischer Horden auf eine deutsche Häusergruppe in Hohenbirkten erwähnt, weil diese Kämpfe trotz ihrer langen Dauer nicht zu einem Eingreifen der Polizei geführt haben. Nicht weniger ernst sei der Vorfall in Golaszow zu bewerten, wo die polnische Polizei dem Angriff auf das deutsche Gemeindegemeinschaftshaus und die Schule der deutschen Minderheit tatenlos zugehört hat.

Eine nicht geringe Rolle in dem Terrorsystem haben ferner die Verleumdungen von Briefen gespielt, womit man den Deutschen angedroht habe, sie von Haus und Hof zu vertreiben und ihnen geraten habe, für den Fall des Verbleibens ein Testament zu machen. Alle diese Briefe hätten den Stempel des Verbandes der Auffassungen getragen.

Die Schlussfolgerungen der deutschen Note fordern Maßnahmen des Völkerbundes, um die Annahme der Minderheitenverträge sicherzustellen und den durch die bekümmerten Gewaltakte geschädigten Deutschen eine Entschädigung zu gewährleisten.

Kopenhagener Redeversand für Dr. Goebbels.

Das Seniors der Kopenhagener Studentengemeinschaft, das den deutschen nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Dr. Goebbels zum Vortrag eingeladen hatte, hat diese Veranstaltung auf Aufforderung des Polizeidirektors wieder abgesagt.

Alteinst. Dame, Ende vierzig, gesund, durch Todesf. frei gew., sucht Betrieb.

Tätigkeit

Etwas Erf. im Haus- und Krankenpf. Sie würde sich nötigenfalls ausbilden lassen. Auf Einnahme braucht nicht gesehen zu werden, da Pension vorh. Sie würde evtl. gleichgef. Dame zu sich in Landpfarrh. mit schönem Gart. zugemeinf. Wirtsch. nehmen. Wer kann Rat erteilen? Zuschr. erb. an d. Gesch. d. Bl. unt. A 7273.

Südamerik. Maté Paraguaytee Preis: 2,80 Mk. per 1 Pfd. franko, excl. Nachnahme.

Gustav Giehl & Sohn

Sangerhausen Hindenburgstraße Unser Tee ist zum gl. Preise auch in Ophl. erhältlich

Stellengefuche u. Angebote

haben im „Aufwärts“ großen Erfolg

Liebhaver-Photographen

decken ihren Bedarf in der

Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955

Werbt für den Aufwärts!

Evianmargarine

gleicht die Fehler der heutigen Ernährung aus, überbrückt die Kluft zwischen

Rohkost und Feinkost, Naturnahrung und Kulturnahrung. Auch Sie sollten sich durch einen Versuch überzeugen.

Evianmargarine-Gesellschaft m. b. H. Lippinghausen bei Herford

Zu haben in allen Ophir-Geschäften.

Weihnachtsflugblatt

Ein vierseitiges, mehrfarbiges Werbeblatt mit Bildern geschmückt, geeignet zum Verteilen auf Weihnachtsfeiern, in den Kirchen, Bahnhöfen, Weihnachtsmärkten usw.

Das Blatt ist zu beziehen durch den

Blätterverlag der Anstalt Bethel, Abteilung „Herz und Haus“, Bethel bei Bielefeld.

Postfach Hannover 7982. Das Stück kostet 2 Pfennig. Bei größeren Bezügen Ermäßigung.

Probennummern auf Wunsch.

Austritt des Rabinets Baugoin.

— Wien, 1. Dezbr. Die Bundesregierung Baugoin hat ihre Demission gegeben. Diese wurde vom Bundespräsidenten angenommen, wobei gleichzeitig Bundeskanzler Baugoin und die anderen Mitglieder des Rabinets mit der Fortführung der Geschäfte betraut wurden. Bundespräsident Miklas hat den Vandeshauptmann von Borarlberg Dr. Otto Ender eingeladen, Verhandlungen wegen Bildung der neuen Bundesregierung ohne Verzug einzuleiten. Dr. Ender hat diese Aufgabe übernommen.

Feuer auf Do X.

Der linke Flügel beschädigt.

An Bord des Flugschiffes Do X brach ein Feuer aus, bei dem der linke Flügel vollkommen verbrannte. Das Feuer ist von der Besatzung des Flugschiffes mit Unterstützung von Angehörigen des portugiesischen Seefliegerkorps gelöscht worden.

Der Brand ist durch Funkenflug aus dem Auspuff an der Boje entstanden. Funken flogen auf die obere Tragfläche und setzten die Stoffbespannung des Bordflügels in Brand. Alle wesentlichen Teile des Flugschiffes sind unversehrt geblieben. Die Ersatzteile für die Reparatur sind vorrätig und die Reparatur kann auf der Unterseebootschiff in Lissabon vorgenommen werden und dürfte etwa zwei bis drei Wochen in Anspruch nehmen. Der Flug wird fortgesetzt. Die Beschädigung hat auf den geplanten Transoceanflug keinen Einfluß. Die Lösung des Brandes erfolgte ausschließlich mit Bordmitteln und allein durch die Besatzung. Als die Feuerwehrr und die Marine anrückten, war der Brand bereits gelöscht.

Die Brennstoffbehälter des Flugschiffes enthielten große Mengen Brennstoff, und ohne das schnelle Eingreifen der Hilfsmannschaften wäre das Flugschiff wahrscheinlich völlig vernichtet worden.

Bei Ausbruch des Brandes befanden sich fünf Mann an Bord. Der Kapitän weilt in einem Boot etwa 50 Meter vom Flugschiff entfernt. Der Hilfsmotor hat während des ganzen Fluges von Friedrichshafen bis Lissabon jeweils mehrere Stunden einwandfrei gearbeitet. Die Besatzung bleibt in Lissabon, die Passagiere reisen ab. Sofort nach der Instandsetzung wird das Flugschiff den Flug fortsetzen. Die Güte der Konstruktion hat sich bei diesem Brande erwiesen. Alle starren Teile des Flügels sind intakt geblieben und haben in keiner Weise gelitten. Verletzungen sind nicht zu verzeichnen.

Local- und Provinzialnachrichten.

Bielefeld. (Fahrplanänderung auf der Kraftpostlinie Herford-Schildesche.) Vom 1. Dezember 1930 an fallen die werktäglichen Spätfahrten zwischen Jöllenbeck und Schildesche (ab Jöllenbeck 21 Uhr, an Schildesche 21.15 Uhr, ab Schildesche 21.20, an Jöllenbeck 21.40 Uhr) fort.

Weihnachtsbitt der Heizerziehungs- und Pflegeanstalt Scheuern bei Nassau a. d. Lahn.

Weihnachten naht! Die Zeit der frohen Erwartungen, der geheimnisvollen Vorbereitungen ist gekommen. Unsere 630 großen und kleinen Kinder, unsere Geisteskranken, Epileptischen und sonstwie Gebrechlichen, freuen sich auf das Fest. Trotz der Einschränkungen, die die allgemeine Not erfordert, erwarten sie zuversichtlich, daß ihnen das Christkind den Gabentisch wieder decken wird. Wir wollen sie nicht zu sehr enttäuschen und bitten herzlich um eine Beihilfe zu der Bescherung. Auch für die kleinste Gabe sind wir dankbar.

Der Anstaltsvorstand: Der Direktor und Hausvater: Martin, Dekan, Todt.

Das Postfachkonto der Anstalt ist 4000 bei dem Postfachamt Frankfurt a. M., das Bankkonto 259 bei der Nass. Landesbank in Nassau a. d. Lahn.

Bethel.

— Christlicher Verein junger Männer. Heute, Montag 8 1/2 Uhr: Männerchor in „Ephrata“.

— Frauenhilfe. Mittwoch, den 3. Dezember, 3 Uhr nachm. im großen Affapheumsaal Altenfeier. Alle Mitglieder sind herzlich eingeladen. Bitte Liebesbuch mitbringen.

— Missionsnähren. Wegen der Feier der Frauenhilfe am Mittwoch, 3. Dezember, wird das Missionsnähren erst Mittwoch, 10. Dezember, stattfinden. L. Trittelohy.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Beipolitik: Dr. G. Duttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Bielefelder Musikinstrumenten-Fabrik

ERNST DAVID

gegründet 1885

prämiiert mit Ehrendiplom und goldener Medaille

liefert als Spezialität die von den

Posaunen-Chören

bevorzugten Flügelhörner (System Kuhl) sowie in bester Qualität auch alle anderen Blechinstrumente, empfohlen durch Pastor Kuhl in seinen „Posaunenrängen“ — Seite 20-26

Katalog und Preisliste gratis.

Anzeigen aus Bethel.

— Trockenes Annackholz hat abzugeben Haus Morija. Gebündelt je Bündel 13 Pfg., lose in Säcken etwa 1 Zentner 2.— RM. Lieferung frei ins Haus. — Größere Posten billiger nach Uebereinkunft.